

## Beschlussempfehlung und Bericht

### des Ausschusses für Verkehr und digitale Infrastruktur (15. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Daniela Kluckert, Frank Sitta, Grigorios Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/7902 –

### Technologieoffene Förderung alternativer Antriebe

#### A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, der unter anderem beinhaltet, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen am Standort Deutschland sicherzustellen, indem sie auf Technologieoffenheit bei der Forschungsförderung von Antriebstechnologien setzt, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich zu gewährleisten; im Rahmen der Trilog-Verhandlungen auf eine technologieoffene Ausgestaltung der künftigen Regulierung hinzuwirken, in der die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch den Einsatz alternativer Kraftstoffe ebenso Berücksichtigung findet wie die Elektromobilität, sodass Anreize für die Nutzung von Fahrzeugen mit auf synthetischen Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien basierenden Antrieben geschaffen werden; alle Fahrzeuge mit reduziertem CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der von der Bundesregierung geplanten Reform der Dienstwagenbesteuerung zu berücksichtigen und somit umweltfreundliche Mobilität zu fördern und die Mehrgewichtbefreiung, die für elektrisch betriebene Kleintransporter gilt, auch auf Erdgastransporter auszuweiten, um den Einsatz klimaschonender Fahrzeuge zu fördern.

#### B. Lösung

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP.**

#### C. Alternativen

Annahme des Antrags.

#### D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/7902 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2019

**Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur**

**Cem Özdemir**  
Vorsitzender

**Mathias Stein**  
Berichtersteller

## Bericht des Abgeordneten Mathias Stein

### I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/7902** in seiner 84. Sitzung am 22. Februar 2019 beraten und an den Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur Mitberatung überwiesen.

### II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern soll, die Entwicklung innovativer Mobilitätslösungen am Standort Deutschland sicherzustellen, indem sie auf Technologieoffenheit bei der Forschungsförderung von Antriebstechnologien setzt, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands im internationalen Vergleich zu gewährleisten; im Rahmen der Trilog-Verhandlungen auf eine technologieoffene Ausgestaltung der künftigen Regulierung hinzuwirken, in der die CO<sub>2</sub>-Vermeidung durch den Einsatz alternativer Kraftstoffe ebenso Berücksichtigung findet wie die Elektromobilität, sodass Anreize für die Nutzung von Fahrzeugen mit auf synthetischen Kraftstoffen aus erneuerbaren Energien basierenden Antrieben geschaffen werden; alle Fahrzeuge mit reduziertem CO<sub>2</sub>-Ausstoß bei der von der Bundesregierung geplanten Reform der Dienstwagenbesteuerung zu berücksichtigen und somit umweltfreundliche Mobilität zu fördern und die Mehrgewichtbefreiung, die für elektrisch betriebene Kleintransporter gilt, auch auf Erdgastransporter auszuweiten, um den Einsatz klimaschonender Fahrzeuge zu fördern.

### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/7902 in seiner 36. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 34. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag in seiner 22. Sitzung am 20. März 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP dessen Ablehnung.

### IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur hat den Antrag auf Drucksache 19/7902 in seiner 39. Sitzung am 20. März 2019 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, sie lehne den Antrag ab. Mit einzelnen Forderungen stimme sie zwar überein, doch seien Koalition und Bundesregierung insoweit bereits im Begriff, diese engagiert umzusetzen. Unter anderem unterstütze man bereits im Rahmen zahlreicher Projekte die Erforschung synthetischer Kraftstoffe. Die

Bundesregierung habe sich auch auf EU-Ebene für die Anrechenbarkeit alternativer Kraftstoffe auf den Flottenverbrauch eingesetzt, dafür aber keine Mehrheit gefunden. Sie betonte, für sie gehe es in Bezug auf Elektromobilität und synthetische Kraftstoffe nicht um ein „Entweder-oder“ sondern um ein „Sowohl-als-auch“.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, die in dem Antrag enthaltenen Forderungen seien zum Teil durch Regierungshandeln erledigt. Es gebe bereits eine vielfache technologieoffene Förderung der Erforschung aller alternativen Antriebsarten. Zudem sei es die Entscheidung der einzelnen Unternehmen, auf welche Technologien sie setzten. Mit einer Entschließung, wie sie der Antrag fordere, werde man deren Prioritäten nicht beeinflussen können. Es sei zudem verwunderlich, dass sich gerade die FDP hier für Maßnahmen mit planwirtschaftlichen Zügen ausspreche. Im Bereich der synthetischen Kraftstoffe lasse auch eine hohe Subventionierung derzeit nicht erwarten, dass diese eine Marktdurchdringung zur Folge haben werde.

Die **Fraktion der AfD** hob die Übereinstimmung des vorliegenden Antrags mit ihrem eigenen Antrag zu synthetischen Kraftstoffen hervor. Es gehe vor allem um die Einführung alternativer Kraftstoffe und um deren Gleichstellung. Dies erfordere nicht hohe Aufwendungen für Forschung und Infrastruktur, sondern konkrete Maßnahmen, damit mit solchen Kraftstoffen betriebene Fahrzeuge wettbewerbsfähig seien und damit eine technologieoffene Gestaltung erreicht werde. Dazu gehöre auf EU-Ebene auch die Anrechenbarkeit bezüglich der CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der vorliegende Antrag lege ein übertriebenes Gewicht auf den Erdgasantrieb, aber insgesamt begrüße man ihn sehr.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, Ziel des Antrags sei es, das Klima tatsächlich zu schützen und in Deutschland einen Beitrag dazu leisten, die Mobilität emissionsfrei zu gestalten. Dazu müsse man die in dem Antrag enthaltenen Forderungen umsetzen. Vor allem müsse man erreichen, dass alternative Kraftstoffe, vor allem E-Fuels, auch auf der Straße genutzt würden. Dies setze Anreize voraus, mit denen man dem Markt dazu ver helfe, solche Kraftstoffe zu nutzen. Genau damit befasse sich ihr Antrag. Es sei wichtig, jetzt in alternative Antriebe und Kraftstoffe zu investieren, denn andere Länder seien hier bereits vorangegangen. Ihr Antrag sei daher nach wie vor hoch aktuell.

Die **Fraktion DIE LINKE.** führte aus, man habe noch 30 Jahre, in denen man die Emissionen auf null zurückführen müsse, doch bislang habe man im Verkehrssektor noch nicht einmal eine Trendwende herbeigeführt, bei der die Emissionen überhaupt reduziert würden. Wesentlich seien nicht neue Antriebe für die ohnehin zu große Zahl von Fahrzeugen. Vielmehr müsse man den ÖPNV so aufstellen, dass für die Mehrzahl der Menschen Mobilität ohne Kraftfahrzeug möglich sei. Über E-Fuels brauche man im Hinblick auf die hohen Umwandlungsverluste bei der Herstellung für den Massenverkehr gar nicht nachzudenken. Zum batterieelektrischen Antrieb, den man in vielerlei Hinsicht kritisch sehe, gebe es derzeit keine Alternative.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, der Antrag verfolge das Ziel, die Tankstelle in der bekannten Form zu erhalten. Für die Umsetzung des Antrags würde mehr Strom benötigt als Deutschland derzeit insgesamt produziere. Zudem seien die Klimaschutzziele in Deutschland weit ambitionierter, als das, was aufgrund des Antrags erreichbar sei. Die Forderungen aus dem Antrag beinhalteten zudem die mit Abstand teuerste Variante, Klimaschutz zu betreiben. Auch die Wirtschaft denke heute zu großen Teilen in eine andere Richtung als sie in dem Antrag beschrieben werde. Sie habe nichts gegen synthetische Kraftstoffe, aber diese seien nicht für den PKW-Verkehr geeignet, sondern für LKW und Schiffe.

Der **Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der AfD und FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/7902.

Berlin, den 20. März 2019

**Mathias Stein**  
Berichterstatter